

»... sehr vorsichtig allem Neuen gegenüber«

Ein Beitrag zur Geschichte Schöckingens aus Anlass der 1200-Jahr-Feier*

von Herbert Hoffmann

»Nach 50 Jahren trägt die Gemeinde Schöckingen heute noch einen rein bäuerlichen Charakter mit seinen Vorzügen und Nachteilen. Konservativ zäh am Alten hängend, schwerfällig, aber gründlich und zuverlässig, sehr vorsichtig allem Neuen gegenüber.« So beschreibt der Pfarrer im Ruhestand Nathanael Ludwig Heinrich Rösler im Jahre 1935 seine ehemalige Kirchengemeinde, der er von 1926 bis 1934 als Pfarrer gedient hatte.

Schöckingen, Ditzingens kleinster Stadtteil, bis zum 30. Juni 1972 ein kleines, aber selbständiges Dorf im Strohgäu, feiert in diesem Jahr sein 1200-Jahr-Jubiläum. Anlass für die Festlichkeiten ist die erste Erwähnung des Ortsnamens in einer Schenkungs-urkunde des Klosters Lorsch. In dieser Urkunde ist festgehalten, dass am 4. Juni 814, also im Todesjahr Karls des Großen, ein gewisser Gunthart und seine Gemahlin Adelspirm dem heiligen Nazarius Güter und Leibeigene im Glemsgau geschenkt haben. Dabei taucht auch der Name »Skeckinga« auf.

Diese erste Nennung kommt recht spät und gibt wie die Schenkung selbst einige Rätsel auf. Schenkungen aus dem Glemsgau waren schon fast 50 Jahre zuvor in größerer Zahl an das fränkische Reichskloster gegangen. Schöckingen blieb lange außen vor. Waren die Grundherren zu geizig oder nicht fromm genug? Wir werden es nicht erfahren. So wenig wie wir über die Schenker Gunthart und Adelspirm erfahren werden. Waren sie fränkische Grundbesitzer, die ihre einst heidnischen alamannischen Untertanen an das Kloster gaben? Oder waren sie alamannische Grundbesitzer, die sich der fränkischen Oberherrschaft andienen wollten oder gar mussten? Oder nichts davon?

Und dann der Name: »Skeckinga«. Welche Bedeutung oder sollen wir sagen Deutung können wir dem Namen zuordnen? Naheliegender wäre der Name einer Sippe, die hier gesiedelt und das Land für sich und die Nachkommen abgesteckt hatte. Oder ist ein germanischer Begriff oder eine natürliche Gegebenheit für die Namensgebung verantwortlich? Viele Fragen und wir haben nicht wirklich eine Antwort zu bieten.

Schöckingen ist 814 durchaus nicht aus dem Nichts in die Geschichte eingetreten. Hier siedelten Menschen schon im Neolithikum. Schöckingen gehörte zum Reich des Keltenfürsten vom Asperg. Das wertvolle Frauengrab mit dem schönen Goldschmuck, das 1953 mitten im Dorf gefunden und leider nicht sonderlich sorgfältig dokumentiert wurde, zeugt davon. Die Römer waren hier und haben einen Gutshof betrieben. Die Alamannen haben einen großen Friedhof mit schönen Grabbeilagen hinterlassen. Wie das keltische Frauengrab sind auch diese archäologischen Funde leider nicht so dokumentiert worden, dass wir heute mehr als Vermutungen über die Vor- und Frühgeschichte des Ortes anstellen können.

* Geringfügig überarbeitete Fassung des am 13. März 2014 beim Historischen Verein gehaltenen Vortrags.

Kehren wir zurück ins Mittelalter. Über Jahrhunderte erfahren wir über Schöckingen nicht viel. Es gab eine romanisch geprägte Kirche, deren Altar 1267 geweiht wurde und von der einige Säulenreste im Chor erhalten sind. Über ihre Baugeschichte wissen wir nicht viel Genaues. Am Anfang stand hier vermutlich eine Kapelle als »Eigenkirche« eines fränkischen/alamannischen Adligen, der hier seine Grablege hatte. Bis zum 15. Jahrhundert wuchs der Bau aus einem romanischen Kirchlein zu einer spätgotischen Dorfkirche mit einem massiven Turm, der nun die Sakristei beherbergt. Als Patron der Kirche wurde der heilige Moritz, lateinisch Mauritius, verehrt. Im 15. Jahrhundert wurde der Kirchenraum reich mit Bildern und Figuren ausgeschmückt. Die überlieferten Figuren des Kirchenpatrons und eine Marienfigur mit dem Jesuskind in der Armen legen Zeugnis ab von der tiefen Frömmigkeit der Menschen, die sich in der Nähe ihrer Heiligen und der Gottesmutter wohl und geborgen fühlten.

Mit der Kirche haben wir einen ersten sächlichen Gegenstand, der uns etwas über die mittelalterliche Geschichte Schöckings berichtet. Wie sieht es mit schriftlichen Quellen aus? Im Jahre 1308 tritt eine politische Größe in die Schöckinger Geschichte ein, die uns für die kommenden Jahrhunderte eine reichliche Anzahl von Rechtsquellen beschert. In eben diesem Jahr kauft Graf Eberhard von Württemberg den Glemsgau, der bis dahin in Teilen dem Grafen Ulrich von Tübingen-Asperg gehört hatte.

Die erste Urkunde mit dem Namen »Schekingen« wird im Jahr 1299 verfasst. In ihr wird ein »Hainrikus de Schekingen« neben dem Dekan von Cannstatt, einem Priester aus Heimerdingen, einem Beamten aus Höfingen und einigen Schultheißen



Innenansicht der Mauritiuskirche, um 1950.

als Zeuge genannt. Diese Quelle wirft die Frage nach einem Schöckinger Ortsadel auf. Der taucht nämlich sonst in den Quellen nicht auf. Anders als in den umgebenden Orten ist ein Schöckinger Ortsadel nicht bekannt. Sucht man weiter in den württembergischen Quellen, so findet man dort immer wieder Personen mit der Bezeichnung »de Schekingen«. Es handelt sich offenbar um Personen mit dem Beinamen des Ortes, aus dem sie stammen.

Im selben zeitlichen Kontext, nämlich im württembergischen Lehenbuch von 1344, wird in Schöckingen eine Burg erwähnt. Wer hat die erbaut? Als Erbauer der Burg kommen die Grundherren in Frage, die in Schöckingen begütert waren.

Zu Beginn des 14. Jahrhunderts gehörte die Burg den Grafen von Vaihingen. Die mussten ihren Besitz an die Württemberger verkaufen. Graf Eberhard belehnte daraufhin einen »Brennmul von Oswile« mit der halben Burg in »Scheggingen« und dem halben Dorf. Wem gehörte die andere Hälfte? Erst 1392 wird eine andere auswärtige Familie, die von Venningen, mit der anderen Hälfte belehnt. Sie sind beim Ausbau der Kirche beteiligt und haben sich mit einem Wappenschild im Chor verewigt.

Diese gesicherten Kenntnisse geben aber keinen Aufschluss über den Ursprung der Burg und ihre Erbauer. Eine ortsadelige Familie ist sowenig auszuschließen wie andere Grundherren. Die Quellenlage ist also nach wie vor dürftig.

Als nächste traten die Herren von Nippenburg auf den Plan. Auch wenn die Familie der Nippenburger erst 1485 das letzte Viertel der Ortsherrschaft erwerben konnte, so war doch ihr Einfluss auf Schöckingen schon seit Beginn des 15. Jahrhunderts beträchtlich. Die Nippenburger hatten sich im Dienst der Pfalzgrafen von Tübingen und später der Grafen von Württemberg beträchtlichen Besitz im Strohgäu, aber auch weit darüber hinaus erworben. Der Stammsitz der Familie war die Nippenburg in Sichtweite der Schöckinger Markung. Mitte des 15. Jahrhunderts begann die Familie, Teile der Ortsherrschaft Schöckingen zu erwerben. Ende des 15. Jahrhunderts waren sie am Ziel angelangt. Schöckingen war nippenburgischer Besitz.

Die Familie war zu dieser Zeit auf dem Höhepunkt ihres Besitzes und Einflusses. Die Nippenburger wirkten als Berater der württembergischen Regierung. 1515 wurde Philipp von Nippenburg mit dem Erbschenkenamt und 1518 mit dem Landhofmeisteramt betraut. Er war also für die Versorgung des Hofes und mit wichtigen Regierungsgeschäften beauftragt. Im Strohgäu war die Familie durch Zukäufe und Heiraten in Ditzingen und Heimerdingen mit den niederadligen Familien eng verbunden. In Schwieberdingen traten sie wie in Schöckingen schon im 14. Jahrhundert als Orts- und Kirchenherren auf.

Der Schöckinger Zweig nannte sich ab 1515 »Nippenburg auf Schöckingen«. Mehr als 100 Jahre bestimmte die Familie die Geschicke des Ortes. Hans von Nippenburg besaß nach dem Lagerbuch von 1526 den »Stab und die Obrigkeit« (Gerichtsbareit und Ortsherrschaft) und den »Kirchensatz« (Patronatsrecht, Mitbestimmung bei der Besetzung der Pfarrstelle) als württembergisches Lehen. Er beanspruchte deshalb einen großen Teil der Abgaben der Bauern und der Mühle an der Glems. Einen Teil musste er an die württembergische Herrschaft weiterreichen. Drei Gutshöfe, darunter der »Obere Hof« mit 125 Morgen (ca. 40 Hektar) Ackerland, sowie Besitz in Hirschlanden, Ditzingen und Gebersheim waren sein »Eigen«. Die Abgaben daraus flossen ohne Abzüge in sein Vermögen.

Den Ertrag, der sich aus dem umfangreichen Besitz durch die Abgaben der Bauern speiste, haben die Nippenburger im 16. Jahrhundert zum großen Teil in zahlreiche Bau- und Kunstwerke investiert. Sie haben das Schöckinger Schloss auf den Grund-

mauern einer alten Wasserburg auf- und ausgebaut. Noch heute ist ihr Wappen über der Toreinfahrt (Ehewappen Nippenburg-Heimerdingen) und an den anderen Gebäuden aus dieser Zeit zu sehen.

Schon der erste in Schöckingen ansässige Nippenburger, Hans von Nippenburg (gestorben 1540), hat ein prunkvolles Grabmal im Stil des Übergangs von der Spätgotik zur Renaissance anfertigen lassen. Es zeigt die Figur des Ritters in voller Rüstung und die Wappen Nippenburg, der Ehefrau Ursula von Adelsheim sowie der Ahnen, darunter wieder das Wappen des Heimerdinger Ortsadels, die gekreuzten Rechen. Auch sein jüngster Sohn, Martin von Nippenburg, hat für sich und seine Ehefrau Maria Salome von Reischach ein prunkvolles Grabmal in der Werkstatt des Jeremias Schwarz in Leonberg anfertigen lassen.

Martin von Nippenburg war ab 1564 nach dem Tod seiner Brüder alleiniger Herr zu Schöckingen. Er hat wichtige Spuren im Ort hinterlassen. Der Ausbau der Burg zu einem fürstlichen Wohnsitz, der Neubau des katholischen Pfarrhauses und das Grabmal in der Maurituskirche sind deutliche Zeichen dafür, dass hier ein wohlhabender und mächtiger Mann das Sagen hatte.

Gleichen die Nachrichten über Schöckingen bis hierher, also bis zum Ende des 16. Jahrhunderts, eher einem spärlichen Rinnsal im staubtrockenen Sommer, so sprudelt die Nachrichtenquelle ausgehend vom Jahr 1598 wie nach einem Jahrhundertregen. Was war geschehen? Ich habe schon berichtet, dass Martin von Nippenburg in der Mitte des 16. Jahrhunderts gegenüber der Kirche ein für das kleine Dorf Schöckingen prächtiges Pfarrhaus erbauen ließ. Hier residierte immer noch ein katholischer, »papistischer« Pfarrer. Die Nippenburger, denen mit dem »Kirchensatz« auch alle Rechte an der Religionsausübung zustanden, trotzten der Reformation, die von ihrem Lehnsherren, dem württembergischen Herzog Ulrich, bekanntlich 1534 im Land eingeführt worden war. Schöckingen, eine papistische Insel, umringt von protestantischen Gemeinden: Das konnte und das sollte im Zeitalter, als das Bekenntnis zum Glauben auch eine militärische Kampflinie bedeuten konnte, nicht gut gehen.



Das Torhaus des Schlosses, 1890.

Es gibt keine Zeugnisse dafür, dass es sich bei den Schöckingern um besonders überzeugte Anhänger des alten Glaubens gehandelt hätte. So schickten sie beispielsweise im Winter 1584/85 ihre Kinder ins benachbarte Hirschlanden zur Schule, dessen evangelischer Pfarrer »aus dem papistischen Flecken Schöckingen ziemlich viel Knaben in seiner täglichen Zucht gehabt habe«.

Fragen der Religion und Konfession waren im 16. Jahrhundert zuallererst Amtssache. Die gegnerischen Parteien im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation hatten im »Augsburger Religionsfrieden« von 1555 einen Grundsatz beschlossen, der später als »cuius regio, eius religio« formuliert wurde – zu Deutsch: »Wes der Fürst, des der Glaube«. Mit anderen Worten: Über die Glaubensrichtung des einzelnen Menschen bestimmte fortan die Konfession des Landesherrn bzw. der örtlichen Herrschaft. Wer anderen Geistes war, hatte die Freiheit, in ein Gebiet seiner Konfession zu ziehen – theoretisch zumindest.

In der Mitte des 16. Jahrhunderts hatte der Schöckinger Dorfherr Martin von Nippenburg einen seiner Söhne, Hans Dietrich, als Kirchherrn eingesetzt. Als solcher hatte Hans Dietrich Anspruch auf die nicht unbeträchtlichen Einkünfte der Pfarrei. Als Priester hätte er aber auch die kirchlichen Dienste übernehmen müssen, was er jedoch nicht tat oder nicht tun konnte, was vielleicht mit seiner Stellung als Hofmeister in Tübingen zusammenhing.

Wie schon sein Amtsvorgänger Friedrich von Nippenburg nutzte Hans Dietrich sein Kirchherrenamt – so wie viele Edelleute jener Zeit – hauptsächlich zur wirtschaftlichen Selbstversorgung. Dies belegt unter anderem der Umstand, dass diese beiden Nippenburger Kirchherren weder dauerhaft im Dorf wohnten, um ihre Schäflein zu betreuen, noch diesen – soweit bekannt – zeitlebens eine Predigt hielten. Zumindest keine geistliche. Diese Aufgabe übertrugen sie einem Leutpriester, den sie dafür schlecht bezahlten.

Vielleicht wäre alles so weitergelaufen und Schöckingen katholisch geblieben, wenn die Nippenburger nicht der Leidenschaft der Jagd gefrönt hätten. Diese verbotene Leidenschaft ging als Gerücht am Stuttgarter Hof um. Man tuschelte dort, die Nippenburger seien notorische Wilderer. Die Erlegung eines Hirsches im Frühsommer 1598 durch Hans Dietrich von Nippenburg brachte das Fass schließlich zum Überlaufen.

Weil man sich auch noch mit der Verwandtschaft anlegte, die über einen guten Draht zum Hof in Stuttgart verfügte, kam es am 26. August 1598 zu einer spektakulären Strafaktion. Der Leonberger Vogt erschien mit 200 bewaffneten Soldaten in Schöckingen und verlangte Einlass ins Schloss. Weil nicht gleich geöffnet wurde, ließ der Vogt kurzerhand das Tor einschlagen. Jeder Widerstand war zwecklos. Noch am gleichen Tag hatten die Brüder Burg und Ort zu verlassen. Anschließend ließ der Vogt Schloss und Schlosskeller behördlich versiegeln. Was so viel bedeutete, dass sie beschlagnahmt waren und die Nippenburger bis auf weiteres hier nichts mehr zu suchen hatten. Als zusätzliche Spitze gegen die Nippenburger ließ der Stuttgarter Vogt die Schöckinger Dorfbevölkerung zusammenrufen und – unter Protest des Burgherrn – dem Herzog huldigen. Das heißt, sie mussten über die Köpfe der Herrschaft hinweg dem Landesherrn ihre Treue bezeugen, was als eine Art Misstrauensvotum gegen die Nippenburger zu werten war. Als redliche Württemberger sollen die Schöckinger gern gehuldigt haben, wie es heißt. Eine Namensliste ging ins Stuttgarter Schloss als Beleg für den Herzog.

Für die Nippenburger sah es nach dieser rigiden Strafmaßnahme nicht gut aus. Alles deutete darauf hin, dass sie nie wieder einen Fuß ins Schöckinger Schloss setzen



Blick auf das Torhaus und das »Neue Schloss«, 1566 von Martin von Nippenburg erbaut und seit 1660 im Besitz der Freiherren von Gaisberg.

würden. Ihr Lehen in Schöckingen und auch das familiär eng verbundene Lehen in Unterriexingen wackelten bedenklich. Ein Entzug hätte ihren wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Ruin bedeutet. Ihnen blieb nur eine Chance, nämlich den Herzog gnädig zu stimmen.

So setzten Hans Dietrich und sein Bruder Hans Michel einen Brief auf, in dem sie ihr Verhalten zu entschuldigen und zu rechtfertigen suchten. Das Schreiben machte den Herzog nur noch wütender. Um verwertbare Beweise zu erhalten, ließ Herzog Friedrich I. akribische Untersuchungen anstellen. Zeugen gab es genug. Befragungen von Forstknechten, Gerbern, der Schöckinger Bauern und ihres Pfarrers beseitigten jeglichen Zweifel: der geschossene Hirsch war keine Einmalhandlung, die Nippenburger waren gewohnheitsmäßige Wilderer.

Jetzt trat das Familienoberhaupt Martin von Nippenburg auf den Plan. Er verfasste einen besänftigenden Brief an den Herzog. Zudem suchte er die herzoglichen Berater auf, um mildernde Umstände zu erreichen. Selbstredend würden seine Söhne künftig auch streng die Jagdgesetze einhalten. Die Rechnung ging auf. Dank Fürsprache der Räte erreichte er das schier Unmögliche: Im Dezember 1598, gut ein halbes Jahr nach der Vertreibung der Nippenburger aus Schöckingen, hob Herzog Friedrich I. die bereits verfügte Einziehung der Lehen zu Schöckingen und Unterriexingen wieder auf. Daran knüpfte er aber die entscheidende Bedingung: Fortan sollten Nippenburger und Schöckingen »der reinen augsburgischen Confession zugethan« sein und bleiben, sich also der Lehre Luthers zuwenden und evangelisch werden.

Damit konnten die Nippenburger leben. Der Herzog sorgte allerdings dafür, dass die Pfarrstelle mit einem Mann seines Vertrauens besetzt wurde: Johann Vischer aus Reichenbach an der Fils trat am 25. März 1599 sein Amt als erster evangelischer Pfarrer in Schöckingen an. Und so kam es, dass weder Gesetz noch Predigt, sondern ein gewilder Hirsch der Reformation in Schöckingen zum Durchbruch verhalf.

Die Ära der Nippenburger endete mit dem Tod Gottfried Philipps von Nippenburg im Jahre 1646. Der »eigene« Grundbesitz wurde von den weiblichen Nachfahren nach und nach verkauft. Das Ortslehen mit dem Schloss fiel an Württemberg zurück.

Mit dem Schlosslehen wurde 1660 Ulrich Albrecht von Gaisberg »wegen dessen Diensten und während des Exils in Straßburg erwiesenen Treue« von Herzog Eberhard III. belehnt. Das Lehen umfasste die Rechte am Schloss, die Schöckinger Schäferei und einen Hof zu Gebersheim mit 105 Morgen Acker. Die übrigen einst nippenburgischen Rechte, darunter das Patronatsrecht und die Vogtei, erhielt erst im Jahre 1718 der Enkel Friedrich Albrecht von Gaisberg.

Bevor die neuen Herren sich in Schöckingen niederlassen konnten, mussten die Folgen des Dreißigjährigen Krieges, von Pest und Hungerszeiten, bewältigt werden. Im Schöckinger Kirchenbuch sind für die Jahre 1634 und 1635 59 und 66 Todesnachrichten verzeichnet. 1636 mussten noch einmal 20 Tote begraben werden. In den Jahren zuvor waren in Schöckingen zwischen drei und elf Menschen pro Jahr gestorben. Die Pest hatte sich im Ort ausgebreitet, ein großer Teil der Bevölkerung hatte sich infiziert und war an den Folgen der schrecklichen Krankheit gestorben. 1654 lebten im Ort nur noch 128 getaufte »Seelen«. Bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts hat sich die Zahl auf fast 250 »Seelen« wieder verdoppelt.

Das Dorf Schöckingen erhielt aber nicht nur einen neuen Ortsherrn. Auch in die bürgerliche Gemeinde und die Kirchengemeinde traten neuen Akteure ein. Schultzeiß, Pfarrer und Schulmeister waren nun die neuen Autoritäten in der Gemeinde.



Schöckinger Ansichten auf einer Postkarte von 1905.

Der von der Dorfgemeinschaft auf Lebenszeit gewählte Schultheiß verkörperte den Willen der bäuerlichen Gemeinschaft. Der Pfarrer war in der Regel ein Ortsfremder. Er wurde von der Obrigkeit examiniert und eingesetzt. Der Schulmeister wurde vom Kirchenkonvent, also von Vertretern der bürgerlichen und der Kirchengemeinde, gewählt, stand aber unter der Aufsicht des Pfarrers.

Eine Schule mit einem Schulmeister gab es in Schöckingen nachweislich seit 1601. Ob für den Schulunterricht im 17. Jahrhundert ein eigenes Haus existierte, ist nicht bekannt. Zwischen 1635 und 1646 gab es aus Mangel an Schülern überhaupt keinen Schulunterricht. Ende des 17. Jahrhunderts wurde ein Schulhaus neben der Kirche gebaut.

Für die dörfliche Gemeinschaft bedeutete der Schulbesuch der Kinder einen Kulturbruch. Die Kinder wurden, zumindest teilweise, der Familie und dem Arbeitsprozess entzogen. Sie erlangten Fähigkeiten, die ihre Eltern nicht oder nur bruchstückhaft besaßen und die für die Bewältigung des Alltags nur von geringer Bedeutung waren. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass trotz der ständigen Ermahnungen durch Pfarrer, Schultheiß und Schulmeister der Schulbesuch sich auf die Wintermonate beschränkte. Schulgeld und Schulbücher waren für viele arme Bauernfamilien mit vielen Kindern kaum bezahlbar. Auch wenn hier die Armenkasse einsprang, blieb Schulbildung für alle Kinder ein schönes Ziel.

Wer lesen und schreiben kann, der ist auch einen Schritt weiter auf dem Weg zur Bürgerlichkeit. Schriftliche Aufzeichnungen, die das Handeln auf dem Rathaus belegen, sind in Schöckingen seit 1701 überliefert. Von nun an erfahren wir eine Fülle von Details zum Beispiel über die banalen Konflikte des bäuerlichen Alltags. Die Verhandlungen des Dorfgerichts füllen Seiten um Seiten. Der Diebstahl von Holzlatten wird ebenso akribisch verhandelt, wie das Verschwinden von Nägeln aus dem Rathaus durch seitenlange Zeugenvernehmungen aufgeklärt wird. Dafür wird kostbares Papier beschrieben und es werden in Anwesenheit des Amtmannes Strafen verhängt.

Sonst ging das Leben seinen Gang. Geburten, Taufen, Konfirmationen und Todesfälle mit allen Begleitumständen wurden nun zur Freude der Familienforscher dokumentiert. Wer es eher mit den sozialen Realitäten hält, kann sich die Inventurverzeichnisse zu Gemüte führen oder in den Protokollen des Kirchenkonventes nach unehelichen Schwangerschaften suchen.

Mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts schwappten dann die Weltereignisse nach Schöckingen. Napoleon Bonaparte ordnete bekanntlich den deutschen Südwesten neu. Die Schöckinger lebten seit 1806 in einem Königreich. Den Preis für die Königswürde hatte das Volk zu tragen. 16 Männer aus dem kleinen Dorf mussten Napoleon auf seinem Weg nach Moskau begleiten. Was aus ihnen geworden ist, wissen wir nicht. Vermutlich hat der unfreiwillige Ausflug aber kein gutes Ende genommen.

Eine Veränderung der besonderen Art brachte das Jahr 1811. In Schöckingen war die Hofanlage des »Hinterhofs« mit dem »Großen Haus« schräg gegenüber der Schlossanlage seit der Erbauung des großformatigen Wohngebäudes im Jahre 1754 etwas Besonderes. Zum Hofgut gehörte ein umfangreicher Grundbesitz von 50 Hektar. Das Gut kam 1754 durch Kauf an die Familie von Gaisberg. Der Kaufpreis betrug exakt 6908 Gulden. Friedrich Albrecht von Gaisberg ließ das »Große Haus« neu bauen. 1811 verkaufte die verwitwete Freifrau Marie Salome von Gaisberg, geborene von Müller, den Hof und das Gut um mehr als 40 000 Gulden an Johann Michael Schmid, Bürger zu Hemmingen und Pächter des württembergischen Hofgutes Mauer.

Neben dem hohen Kaufpreis, der in vier Raten zu je 10 000 Gulden bar innerhalb eines Jahres zu entrichten war, ist der Käufer von großem Interesse. Die Familie Schmid aus Hemmingen war im Strohgäu wohlbekannt. Sie hatte nicht nur umfangreichen Besitz in Hemmingen, sondern hatte sich um 1750 durch kluge Heiraten mit einigen wohlhabenden Ditzinger Familien verbunden. Die beiden Höfe, die heute das Ensemble des »Dreigiebelhauses« auf dem Laien in Ditzingen bilden, wurden von Söhnen aus der Hemminger Familie der »Schultheißen-Schmid« erbaut.

Schon die Jahre 1811 bis 1815 brachten in Südwestdeutschland keine guten Ernten. Als das »Jahr ohne Sommer« wird das ungewöhnlich kalte Jahr 1816 bezeichnet. Als Ursache für das Wetterphänomen wird heute der Ausbruch eines Vulkans in Indonesien genannt. Vom April bis in den September schüttete es hierzulande in einer Tour. »Nicht nur Regen, vom Himmel ergoss sich ein dauerhafter Schwall von Graupel- und Schneeschauern«, so berichten es die Chroniken aus der Zeit. Noch im Juni schneite es im Flachland und selbst im August vereiste nachts der Boden.

Die Folgen des Dauerwinters waren katastrophal: Die Flüsse traten über die Ufer und setzten wertvolles Ackerland unter Wasser. Die Felder abseits großer Wasserläufe wurden vom permanenten Niederschlag verhagelt und dort, wo die Äcker halbwegs trocken blieben, fro die Kälte den Bauern die Ernte unter den klammen Fingern weg. Dies alles führte zu schweren Ernteeinbußen und in der Folge zu stark gestiegenen Getreidepreisen. Ein Wecken für 1 Kreuzer wog in normalen Jahren 175 Gramm. Im April 1816 bekam man für einen Kreuzer noch einen 120 Gramm schweren Wecken. Im Juli 1816 kostete die gleiche Menge Brot schon das Doppelte. Im Januar 1817 wog der 2-Kreuzer-Wecken nur noch 85 Gramm, im Sommer 1817 schließlich nur noch 50 Gramm. Zum Vergleich: Ein Tagelöhner verdiente in guten Zeiten am Tag 15 bis 20 Kreuzer. Weil es aber in der Entezeit keine Arbeit gab und auch mit dem Handwerk kein Geld zu verdienen war, musste ein nicht geringer Teil des Dorfes nach allem suchen, was essbar war.

Wie das Dorf Schöckingen mit der schwierigen Situation umging, kann man den einschlägigen Rechnungsbüchern entnehmen. Am 17. Juli 1817 wurde der Heiligenpfleger »legitimiert«, die vorrätigen »Heiligenfrüchte«, Roggen, Dinkel und Hafer, an die »Lokalarmen« abzugeben. Für »arme Schüler« wurde das Schulgeld aus der Kasse der Heiligenpflege genommen. Von der bürgerlichen Gemeinde wurden »freiwillige Armenbeiträge« zur Linderung der größten Not eingesammelt und verteilt. Darüber hinaus beschäftigte die Gemeinde Tagelöhner im Gemeinewald, der in der Not als natürliche »Sparkasse« dienen musste. Die unentgeltlichen Holzgaben aus dem Gemeinewald, die jedem Gemeindebürger zustanden, sorgten überdies dafür, dass niemand im Winter frieren musste.

Die Ereignisse, die in den Jahren 1848/49 in ganz Europa zu revolutionären Verhältnissen und in Deutschland mit der vorläufigen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche auch zu einer breiten Debatte über die Staatsform und einen deutschen Einheitsstaat führten, waren auch am Strohgäu nicht vorbeigegangen. Die Idee der Demokratie erreichte auch Schöckingen wie eine Sternschnuppe am Abendhimmel. Sie kam aus dem Nichts, blitzte kurz und hell auf und verglühte am Horizont.

Auf dem Rathaus und im Pfarrhaus war der »Stadt und Amtsbote – zugleich Amtsblatt für die Oberamtsbezirke Leonberg und Stuttgart« abonniert. Darin konnte man lesen, dass in Folge von Missernten in den Jahren 1846 und 1847 im Januar 1848 in Stuttgart die Preise für Brot und Nahrungsmittel gewaltig angestiegen waren und

Unruhen ausbrachen. Der württembergische König Wilhelm I. hatte viele Versprechungen aus dem Beginn seiner Regentschaft nicht erfüllt. Die Bauern waren nicht wirklich »befreit« von den feudalen Lasten, die Bürger in den Städten prangerten Preszensur an und forderten bürgerliche Rechte wie Vereins- und Versammlungsfreiheit, ein unabhängiges Rechtssystem mit gewählten Schöffen und die Volksbewaffnung. Liberal gesinnte Unternehmer forderten ein Ende der deutschen Kleinstaaterie mit vielen Grenzen, Rechtssystemen und Zöllen. König Wilhelm setzte als Reaktion auf die Unruhen ein liberales Ministerium ein und löste den Landtag auf.

In Schöckingen richtete sich der Unmut gegen die noch immer bestehenden Vorrechte der Ortsherrschaft. Am 12. April 1848 beschloss der Gemeinderat: »Es ist der Wunsch der ganzen Gemeinde Schöckingen, die von Gaisbergische Schäferei nebst Pfercherechtigkeit auf sich zu bringen.« Man beschloss, eine Deputation zur von Gaisbergischen Verwaltung zu schicken, um die Schäferei und den Schafstall zu »einem billigen Preis an die Gemeinde Schöckingen zu bringen«. Erst 1851 war die Sache von Erfolg gekrönt.



Blick in die Schlossstraße, 1895.

Auch der Streit um die Staatsform – die Monarchie auf der einen Seite und die Republik auf der anderen Seite – schwappte kurz nach Schöckingen. Am 21. April 1848 berichtet das Amtsblatt: Von Heimerdingen haben 134 Bürger, von Schöckingen 71, von Hemmingen 50 Bürger eine Erklärung unterzeichnet, dass sie »den König wollen und durchaus keine Republik«. Und als man Abgeordnete für den Landtag in Stuttgart und die Bundesversammlung in Frankfurt wählen sollte, da machte man das Kreuz hinter den Namen von Gutsbesitzern und Dekanen. Die liberalen Querdenker hatten im Strohgäu keine Chance.

Die Versammlung in der Frankfurter Paulskirche arbeitete unverdrossen und heraus kam ein Katalog der Grundrechte des Deutschen Volkes. Württemberg erkannte den Grundrechtekatalog als erster Einzelstaat an. Am 2. März des Jahres 1849 wurden die Grundrechte auf dem Schöckinger Rathaus feierlich verkündet: »Actum, den 2. März 1849. Unter dem heutigen Tag wurden zu Folge eines oberamtlichen Erlasses die Grundrechte der deutschen Nation der Bürgerschaft auf dem Rathause publicirt«, heißt es im Gerichts-Protokollbuch der Gemeinde Schöckingen. Der Grundrechtskatalog beinhaltete neben der Freizügigkeit und Gleichbehandlung aller Deutschen in ganz Deutschland die Abschaffung von Standesvorrechten und mittelalterlichen Lasten, Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Abschaffung der Todesstrafe, Freiheit der Lehre und der Wissenschaft, Versammlungsfreiheit, Grundrechte bei polizeilicher Behandlung und Gerichtsverfahren, Unverletzlichkeit der Wohnung, Pressefreiheit, Unabhängigkeit der Richter sowie die Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit. Die Grundrechte blieben nach dem Scheitern der Frankfurter Nationalversammlung in Württemberg bis zum August 1851 in Kraft.

Das Grollen der Revolution war also in Schöckingen nur aus der Ferne zu hören. Für die 550 »fleißigen und ziemlich begüterten« Menschen, die hier nun lebten, waren »Feldbau und Viehzucht« die vorherrschenden Größen. Nach der Oberamtsbeschreibung von 1852 gehörte das Dorf Schöckingen zu den »wohlhabenderen im Lande«. Dabei zahlte nach dem Grundsteuer-Kataster die Hälfte der Familien keine Grundsteuer, weil das Steuerkapital, das heißt der Wert des Gebäudes, unter 100 Gulden lag. Ein Hofgut mit mehr als 500 Gulden im Steueranschlag konnten 20 Bauern ihr Eigen nennen. Nur drei überstiegen den Wert von 1000 Gulden. Es war so, wie es auch heute noch ist: Die Wenigen haben viel und die Vielen wenig.

So ist nicht verwunderlich, dass mehr als ein Drittel der Steuerpflichtigen einem Gewerbe, in der Regel einem Handwerk nachging. Neun Leinenweber waren angemeldet. Die Verarbeitung von Hanf und Flachs hatte eine lange Tradition. Die übrigen Handwerker waren als traditionelle Dorfhandwerker für den örtlichen Bedarf der Bauern zuständig. Aber wozu brauchte ein Dorf, das über zwei öffentlich genutzte Backhäuser verfügte, drei Bäcker?

Wenn wir uns die überlieferten Aktenbestände aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ansehen, dann können wir zusehen, wie die solidarische Dorfgemeinschaft langsam erodierte. Besonders hart traf dieses Schicksal ledige Mütter, Witwen und ledige Männer. Wie bedrückend das Thema Armut bei genauer Betrachtung war, lässt sich an zwei Beispielen zeigen:

Am 6. August 1849 verhandelte der Schöckinger Gemeinderat über den Antrag einer 31-jährigen ledigen Mutter, die mit ihrer am 1. April 1847 geborenen Tochter nach Nordamerika auswandern wollte. Sie wollte »zu diesem Behufe« auf die württembergische Staats- und Gemeindebürgerschaft verzichten. Um alle möglichen ausstehenden Forderungen an die auswanderungswillige Frau zu erfüllen, stellte sich ein Verwandter als Bürge zur Verfügung. Die Frau hatte im Jahr zuvor aus dem Besitz ihres verstorbenen Vaters, der als Maurer sein Brot verdiente, einen kleinen Geldbetrag geerbt. Mit einem »Vermögen« von nunmehr 300 Gulden machte sie sich mit ihrem Kleinkind auf den Weg nach Bremen. In Bremerhaven mussten sie im neu erbauten »Auswandererhaus« wochenlang auf die Überfahrt auf einem Segelschiff nach Amerika warteten. Die Seereise dauerte je nach Wind und Wetter um die 50 Tage. An Bord mussten sie sich mit 150 bis 200 Passagieren den sehr beschränkten Platz teilen. Am Ziel erwartete ein Verwandter die Frau und ihr Kind. Aus der Familie waren

nämlich schon einige Angehörige ausgewandert. Die Armut hatte die Frau mit ihrem kleinen Kind dazu gebracht, nicht nur das heimatliche Dorf zu verlassen, sie hatte sich auch in Lebensgefahr begeben in der vagen Hoffnung auf ein besseres Leben in einer unbekannteren, neuen Welt.

Der Schöckinger Gemeinderat hatte solche Anträge immer wieder zu beraten. Mehr als 60 Familien, Einzelpersonen mit und ohne Kinder haben im Laufe des 19. Jahrhunderts Schöckingen verlassen, um in Osteuropa und Nord- und Südamerika ein neues Leben anzufangen.

Nicht minder anrührend sind die Lebensgeschichten, die sich hinter dem Begriff des »Bettelns« verbergen. Bettler zogen schon immer durch das Land, um bei Bauern und in den Städten ihre Nahrung zu erbetteln. Bereits 1531 war das Betteln in Württemberg unter Strafandrohung verboten worden. Auch Mitte des 19. Jahrhunderts gab es ein allgemeines Bettelverbot. Aufgegriffene Bettler wurden auf Kosten der Heimatgemeinde zurückgeschickt. In einem Erlass vom 2. Januar 1848 ist geregelt, dass derjenige, der einen Bettler aufgegriffen hat, mit einer »Fanggebühr« von 24 Kreuzern belohnt wird. In der in Schöckingen geführten »Strafliste« ist das Vergehen des »Bettelns« bis ins 20. Jahrhundert neben den mit der Trunksucht einhergehenden Übertretungen das am besten belegte Delikt. Immer wieder wurden Bettler aus dem Dorf in fremden Dörfern aufgegriffen, zurückgeschickt und bestraft. In der Regel wurden die Strafen nicht bezahlt, sondern im gut geheizten Arrest im Alten Rathaus abgesessen. Ein lediger Kübler aus Schöckingen hatte es in der Zeit von 1878 bis 1903 auf mehr als 40 Verurteilungen wegen des Vergehens des unerlaubten Bettelns bei fast allen württembergischen Amtsgerichten gebracht.

»Gestern konnten wir hier ein erfreuliches Fest feiern: es galt der Einweihung unseres neu erbauten Schulhauses. Nachdem der Abbruch des alten oder der Neubau eines Schulhauses schon Jahrzehnte oft genug vergeblich erörtert wurde, musste schließlich das alte einem neuen Platz machen. Wir haben jetzt ein modernes, einer größeren Stadt ähnliches, zweckmäßig eingerichtetes Schulhaus.« So berichtet der Glems- und Filderbote am 14. November 1872 über die Einweihung der neuen Schule in Schöckingen.

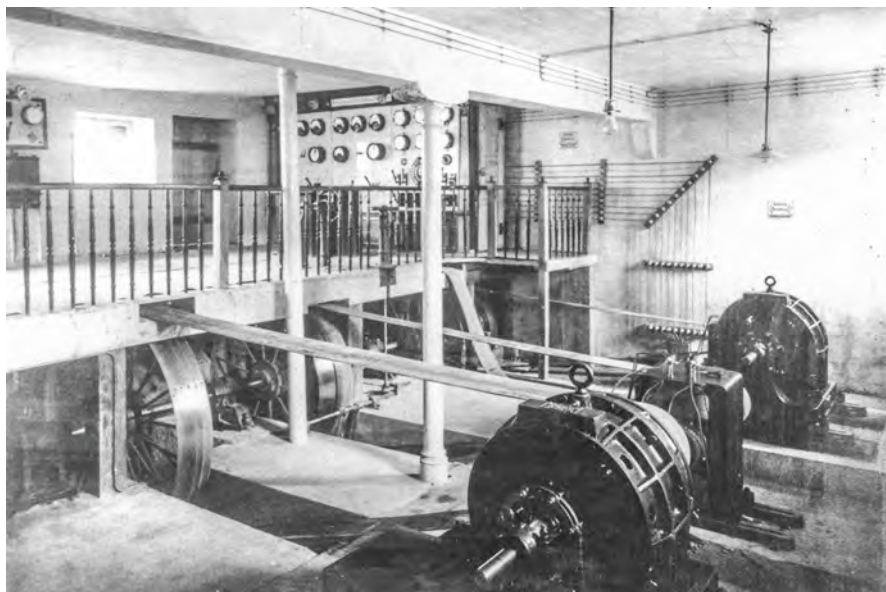
Bevor die Stiftungspflege die Gesamtinvestition von 11430 Gulden tätigen konnte, waren viele Widerstände in der Gemeinde zu überwinden. Besonders der Bau des von der Schulaufsicht mit großer Dringlichkeit geforderten Abortgebäudes war schwer zu vermitteln. Am Geld lag es nicht. Der Bau wurde bar aus den Rücklagen bezahlt. Wie schon bei der Einführung der vom Staat verordneten Fibel und der Realien im Unterricht zeigte sich auch jetzt, dass ein komfortabel ausgestatteter Schulunterricht kein wirkliches Anliegen der Dorfbewohner war. Schule als Voraussetzung zur religiösen Erbauung, das war an langen Wintertagen gerade noch akzeptabel. Bildung an sich war zu diesem Zeitpunkt eben noch kein Gut, für das man sich im Dorf etwas kaufen konnte. Viele Eltern fürchteten nicht nur den Zorn des Herrn, wenn sich ihre Kinder systematisch mit dem Aufbau der Welt und deren Gesetzmäßigkeiten beschäftigten. Sie fürchteten auch, dass ein zunehmend attraktiver Schulunterricht die Arbeitskraft ihrer Kinder auch in den Sommermonaten in Anspruch nehmen könnte. So wundert es nicht, wenn noch 1927 der Schöckinger Gemeinderat die sonst übliche Einführung des 8. Schuljahres mit Rücksicht auf die Belange der Landwirtschaft ablehnte. »Andererseits möchte aber der Gemeinderat dem Umstand Rechnung tragen, dass die 13 Schüler des jetzigen 7. Schuljahrs ohne Ausnahme geistig und körperlich gut entwickelt sind

und sämtliche Eltern dieser Schüler Landwirte sind, die die Mithilfe ihrer Kinder bei der Haus- und Feldarbeit nicht entbehren können. Die Durchführung des 8. Schuljahrs bei diesen 13 Schülern würde deren Eltern in eine sehr bedrängte Lage bringen, da Hilfskräfte in der hiesigen Gemeinde nicht zu bekommen sind.« Für Schöckinger Kinder galt bis weit ins 20. Jahrhundert: »Die Schule kann mit Erfolg und im Alter von 14 Jahren verlassen, wer seinen Konfirmandenspruch sauber und fehlerfrei schreiben kann.«

Schöckingen hatte also eine schöne und große Schule, die man übrigens nie wirklich mit Kindern füllen konnte. Man baute zum Ende des 19. Jahrhunderts auch noch einen Kindergarten, eine Kleinkinderschule. Vordergründig war auch hier die Vertiefung der religiösen Ausbildung das Motiv. Tatsächlich erhofften sich die Familien eine Entlastung im Alltag. Kleinkinderbetreuung für berufstätige Mütter, und die Bäuerin war eine solche, ist also durchaus keine neue Erfindung.

Als das 19. Jahrhundert zu Ende ging, zählte der Ort fast 600 Einwohner. Sie lebten in 120 Haushalten in wenig mehr als 100 Wohnhäusern. Im Laufe des Jahrhunderts hatte sich trotz steter Auswanderung die Zahl der Einwohner um 150 erhöht. Schöckingen war auf einem guten Weg ins 20. Jahrhundert.

Am 17. Dezember 1900 schrieb der Müller der Glemsmühle auf Münchinger Markung an das Schultheißenamt Schöckingen: »Hierdurch teile ich Ergebens mit, dass ich beabsichtige, auf Kosten einer in Bildung begriffenen, meinerseits beizutretenden Gesellschaft in meiner hiesigen Mühle ein Elektrizitätswerk zu erbauen, um mittels meiner Wasserkraft, einer größeren Accumulatorenatterie, und über dies erforderlichenfalls noch einer entsprechenden Dampfreserve, von diesem Werk aus elektrische Energie zu Licht-, Kraft und sonstigen Zwecken, sowohl an die Einwohnerschaft in Schöckingen, als auch auf jederzeitigen Wunsch der hochlöblichen



Elektrizitätswerk Glemsmühle, 1950.

Gemeinde Schöckingen, an diese abgeben zu können.« Das Kapital zu dieser waghalsigen Investition kam aus dem Schöckinger Schloss, wo der Schlossherr, Friedrich Freiherr von Gaisberg, als gebildeter Mensch allem Neuen gegenüber durchaus aufgeschlossen war.

Auch wenn der Glemsmühlen-Elektrizitätsgesellschaft schon sehr bald das Kapital ausging und sie von den Neckarwerken und mit diesen schließlich von der AEG in Berlin geschluckt wurde, so waren die Dorfstraßen in Schöckingen schon beleuchtet, als in vielen Orten noch der Nachwächter die Tranfunzeln ausblies. Auch die zentrale Wasserversorgung konnte durch Anschluss an die Leitung der Strohgäuwasserversorgung mit sanftem Druck auf die sonst so skeptischen Bauern schon 1907 umgesetzt werden.

Vor dem Ersten Weltkrieg war Schöckingen also mit einer durchaus modernen Infrastruktur ausgestattet. Strom- und Wasserversorgung waren auf der Höhe der Zeit, ein modernes Schulhaus und eine Kleinkinderschule waren gebaut worden. Die Gemeinde konnte dies aus den Rücklagen und den Einnahmen aus dem Holzverkauf finanzieren. Der 100 Hektar große Gemeindewald war die Sparkasse und Rücklage für die Gemeinde. Er bot im Winter Arbeit und jeder Gemeindegänger wurde kostenlos mit Brennholz versorgt. Von den Gesamteinnahmen der Gemeinde in Höhe von 30 900 Mark stammten im Jahre 1909 16 000 Mark aus dem Gemeindevermögen, 8200 Mark aus Steuereinnahmen und 6700 Mark aus Gebühren. Von den Einnahmen aus dem Gemeindevermögen stammte die Hälfte aus dem Holzverkauf. Die Steuereinnahmen und die Erlöse aus dem Holzverkauf waren etwa gleich hoch.

Wenn das »goldene Zeitalter« trotzdem bald vorbei war, dann waren dafür zwei Faktoren verantwortlich. Zum ersten Mal in der Geschichte gab es für die mittlerweile auch besser beschulten jungen Leute eine reale Alternative zur Übernahme des noch so kleinen Hofes von den Eltern und der Arbeit in der Landwirtschaft. In Feuerbach und Stuttgart suchten Firmen wie Bosch Arbeitskräfte und die strömten dank der regelmäßigen Eisenbahnverbindung aus Ditzingen dorthin. Schöckingen lag im Schatten dieser Entwicklung. Bis 1928 ein regelmäßiger Autobusverkehr den Betrieb aufnehmen konnte, blieb nur der Fußweg nach Ditzingen. Oder man verkaufte sein Erbe und siedelte gleich in der Nähe des Ditzinger Bahnhofs.

Die zweite elementare Veränderung war der »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts«, dem Ersten Weltkrieg geschuldet. Im Sommer des Jahres 1914 wurden 60 junge Männer aus der Ernte in die Kasernen und dann an die Fronten geschickt. In der Heimat ahnte man, dass der Krieg nicht wie versprochen bis Weihnachten vorbei sein würde und beschloss, »jedem im Feld stehenden Mann angesichts der bevorstehenden kalten Jahreszeit 10 Mark aus der Gemeindekasse zu bewilligen«.

Weil sich die Lebensmittelpreise verdoppelt hatten und immer weiter stiegen, mussten die Gehälter der Gemeindebediensteten ständig nach oben angepasst werden. Die Beihilfen für die warme Winterkleidung für die Soldaten wurden bis 1918 gezahlt. Das alles war aber ein Nasenwasser gemessen an den Beträgen, die der Gemeinde durch die Zeichnung von Krieganleihen aufgebürdet wurden. Um die enormen Kosten des langen Krieges beglichen zu können, hatte das Deutsche Reich im Laufe der Jahre immer höhere Anleihen ausgegeben. Insgesamt wurden Anleihen in Höhe von fast 100 Milliarden Mark gezeichnet und damit fast 60 Prozent der Kriegskosten beglichen. Neben Privatpersonen und Banken mussten Städte und Gemeinden im großen Stil Krieganleihen zeichnen. Schöckingen war jährlich mit 10 000 Mark dabei. Noch kurz vor Kriegsende, am 31. Oktober 1918, wurde vom Oberamt

angeordnet, »dass diejenigen Gemeinden, welche einen bedeutenden Holzerlös hatten, unbedingt« die letzte Kriegsanleihen zeichnen sollten. Schöckingen tat dies und hatte sich damit an den Kriegskosten mit 35 000 Mark beteiligt.

Trotz dieser Belastungen war die elementare Versorgung des Dorfes mit Lebensmitteln nie ernsthaft gefährdet. Als 1918 überall im Lande Lebensmittelbeihilfen für bedürftige Familien ausgegeben wurden, musste man in Schöckingen keinen Bedarf anmelden. Hier versorge man sich selbst mit Lebensmitteln, konnte man an das Oberamt in Leonberg berichten.

Anders erging es den Soldaten an den Fronten dieses grausamen Krieges. Im »Kriegertotenheft« der Evangelischen Kirchengemeinde Schöckingen sind die Leidensgeschichten der gefallenen Soldaten aus dem Dorf, sofern bekannt, dokumentiert. 35 Männer sind vom September 1914 bis zum Januar 1919 bei Kriegshandlungen umgekommen. Wie viele verletzt oder krank aus dem Krieg heimgekommen sind, ist nicht dokumentiert. Im Februar 1919 erhielten »110 im Felde gestandene Männer« eine Gabe in Höhe von 10 Mark aus der Gemeindekasse. Im März 1920 wurden neun heimkehrende Kriegsgefangene mit je 150 Mark aus der Gemeindekasse begrüßt. Beinahe jede Schöckinger Familie war vom Krieg also direkt betroffen.

Die Gemeinde war trotz der Belastungen noch einigermaßen glimpflich davon gekommen, dem Wald und seinen Erträgen sei Dank. Das änderte sich im Laufe des Jahres 1922 auf dramatische Art und Weise. Das gesamte Gemeindevermögen von mehr als 400 000 Mark wurde nun durch die Inflation in wenigen Wochen aufgezehrt. Im Herbst 1922 musste man erstmals Schulden aufnehmen. Im Laufe des Jahres 1923 eskalierte die Lage derart, dass im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 1924 ein gigantischer Ausgabenbetrag mit 16 Ziffern vor dem Komma auftaucht. Mit der Einführung der Rentenmark war der Spuk vorbei. Vermögen und Schulden der Gemeinde wurden auf »Null« gesetzt. Die Gemeinde Schöckingen hat sich von diesem Schlag finanziell nie mehr erholt.

Mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg fand auch die Monarchie ihr Ende. Kaiser und König dankten ab. In Schöckingen durften nun erstmals auch Frauen den Gemeinderat wählen. Bei der Wahl der acht Gemeinderäte haben 1919 120 von 160 wahlberechtigten Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Bei den Männern haben nur 15 auf ihr Wahlrecht verzichtet. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung bei 84 Prozent. Zur Wahl standen erstmals zwei Listen: der »Wahlvorschlag des Arbeitervereins Schöckingen« und der »Wahlvorschlag der bürgerlichen Parteien«. Jeder Wähler konnte seine acht Stimmen auf die beiden Wahlvorschläge verteilen.

Nach zweimaliger Zählung der Stimmen brachte es der Wahlvorschlag des Arbeitervereins Schöckingen auf 444 Stimmen, der Wahlvorschlag der bürgerlichen Parteien auf 1615 Stimmen. Gewählt wurden sieben Kandidaten der bürgerlichen Parteien und ein Vertreter des Arbeitervereins. Im Schöckinger Gemeinderat saßen nun bis 1933 stets sieben Kandidaten des Württembergischen Bauernbundes (Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund). Die SPD konnte ihr 1919 errungenes Mandat 1925 verteidigen. 1931 ging es verloren.

Diese eindeutig bäuerliche Mehrheit im Gemeinderat stemmte sich mit aller Kraft gegen jede Neuerung, die das dörfliche Gefüge in Frage stellen konnte. Anträge der Landwirtschaftsverwaltung auf Durchführung einer Feld- und Flurbereinigung wurden ebenso hartnäckig abgelehnt wie die von der Schulverwaltung angemahnte Einführung eines 8. Schuljahres. Der Ausbau der Ortsverbindungsstraßen wurde über Jahrzehnte diskutiert. Gebaut wurde kein Meter.

»Vorherrschend ist kleinbäuerlicher Besitz (85 Betriebe von 1 ar bis 5 ha, 22 Betriebe von 5 bis 10 ha, 7 Betriebe über 10 ha). Geschlossene Güter gibt es nicht«, so lesen wir in der Beschreibung Schöckingens in der Oberamtsbeschreibung von 1930. Wer von den Erträgen seiner kleinen Landwirtschaft nicht leben konnte, fuhr ab 1928 mit dem Bus zum Ditzinger Bahnhof, um von dort nach Stuttgart zu pendeln. Als auch die Firma Bosch ab 1930 seine Arbeiter entlassen musste, traf es zunächst die unausgebildeten Hilfsarbeiter. Mit einem Schlag waren in Schöckingen 30 Personen arbeitslos gemeldet. Sie erhielten für maximal 26 Wochen eine geringe Unterstützung. Aber auch für die Bauern zogen dunkle Wolken am Horizont herauf.



Bei der Getreideernte.

Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte sanken. Holz verlor als Brenn- und Baustoff zunehmend an Bedeutung. Die Erlöse aus dem Holzverkauf schmolzen langsam, aber stetig dahin. Zu allem Unglück fegte am 18. Mai 1932 ein schweres Unwetter über die Markungen von Schöckingen und Heimerdingen. Ein wolkenbruchartiger Regen vernichtete die Aussaat und schwemmte den Ackerboden fort.

1932 wurden der Landtag und zweimal der Reichstag neu gewählt. In Schöckingen hatte bis 1928 der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund stets über 70 Prozent der Stimmen erhalten. Im Frühjahr 1932 machten noch 107 von 246 Wählern (44 Prozent; im Land 7 Prozent) ihr Kreuz beim Bauernbund, 98 wählten die NSDAP (40 Prozent; im Land 30 Prozent). Die übrigen Parteien spielten kaum eine Rolle. Am 5. März 1933 wählte bei einer ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von 90 Prozent eine große Mehrheit der Schöckinger die NSDAP. 172 der 311 Wähler, also 55 Prozent der Wähler, setzten ihre Hoffnung in die neue Regierung der NSDAP mit Adolf Hitler als Reichskanzler.

Der Gemeinderat wurde am 5. Mai im Zuge der »Gleichschaltung« nach den Ergebnissen der Wahl vom 5. März neu gebildet und auf sechs Mitglieder verkleinert. Das war kein einfaches Unterfangen, weil der NSDAP nun vier Sitze zustanden, aber nur ein einziger Bürger vor dem 5. März der NSDAP beigetreten war. Im Juli und August 1934 traten die beiden übriggebliebenen Gemeinderäte aus den Reihen des Bauernbundes »auf eigenen Wunsch« zurück. Die NS-Fraktion war nun unter sich.

In Schöckingen hatte sich eine »Zelle« der NSDAP mit den Jugendorganisationen »Jungvolk«, »Hitlerjugend« und »Bund Deutscher Mädel« gegründet. Organisatorisch gehörte man zur »Ortsgruppe Höfingen«. Bis 1945 war der Zulauf zu den Parteigliederungen der NSDAP in Schöckingen überschaubar. 23 Parteimitglieder zählte die »Zelle« Schöckingen. Bei den Jugendlichen war die Mitgliedschaft in einer NS-Organisation kaum zu umgehen. 82 Jugendliche waren hier organisiert. 21 Frauen bekannten sich zur »NS-Frauenschaft«.

Die »Neue Zeit«, wie die Machtübernahme durch die NS-Bewegung gern genannt wurde, war im Dorf mit viel Enthusiasmus aufgenommen worden. Pfarrer und Bürgermeister, aber auch die Mehrzahl der Bauern versprachen sich einen deutlichen Aufschwung aus der Not der frühen 30er Jahre. Die Bauern, jetzt als Angehörige des »Reichsnährstandes« von nationaler Bedeutung, sollten gefördert und ihr Einfluss über den »Ortsbauernführer« gesichert werden. In der Tat wurde der »Ortsbauernführer« von der Kreisleitung der NSDAP zum stellvertretenden Bürgermeister ernannt und damit zu einer Schlüsselfigur im Dorf.

Wie grundlegend die Veränderungen waren, die in Deutschland stattgefunden hatten, dämmerte vielen erst nach und nach. Für das Dorf Schöckingen bedeutsam war der Kampf um die Köpfe der Kinder und Jugendlichen. Über Jahrhunderte hatte es ein gedeihliches Miteinander von Kirche und bürgerlicher Gemeinde gegeben. Dieses Miteinander wurde von Seiten der Gemeinde, vertreten durch den Bürgermeister und den Ortsbauernführer, Mitte der 30er Jahre aufgekündigt.

Vorausgegangen war die Abberufung des seitherigen Bürgermeisters Eugen Doster im März 1935. Ihm wurde der Griff in die Kasse der Strohgäuwasserversorgung vorgeworfen. Mit Segen des Innenministeriums und der Kreisleitung der NSDAP wurde der Bürgermeister der Nachbargemeinde Hirschlanden, Emil Koch, kommissarisch zum Bürgermeister von Schöckingen berufen. Auf seiner politischen Agenda stand ein Plan, den man in Schöckingen und in Hirschlanden schon in den 20er Jahren diskutiert hatte: Er wollte mit Rückendeckung der Kreisleitung der NSDAP die beiden Gemeinden zusammenführen. Das hatte man in Schöckingen schon einmal mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch jetzt gab es erhebliche Widerstände gegen das Unterfangen. Um den Fuß in der Tür zu halten und am Ende doch zum Erfolg zu kommen, hatte sich Emil Koch Ende 1936 als Ortsgruppenleiter der NSDAP in Hirschlanden offiziell für das Amt des Bürgermeisters in Schöckingen beworben. 1937 wurde er von der Kreisleitung der NSDAP als Bürgermeister der weiterhin selbstständigen Gemeinde Schöckingen in sein Amt eingeführt.

Zu seinem Gegenpart entwickelte sich der Ortspfarrer. Pfarrer Wilhelm Irion war vor seiner Berufung nach Schöckingen der NSDAP beigetreten und alsbald auch wieder ausgetreten. In Schöckingen entwickelte er sich zu einem Vertreter der »Bekennenden Kirche«. Die beiden Protagonisten lieferten sich eine jahrelange Auseinandersetzung.

Als Hausherr verwies der Bürgermeister alle Aktivitäten der Kirche aus der »Deutschen Volksschule«. Die Predigten des Pfarrers wurden von ihm selbst oder seinen Mitarbeitern bespitzelt und es wurden Berichte an die Kreisleitung verfasst. Darin

eingeschlossen waren auch die pietistischen Gemeinschaften, die im Dorf stark vertreten waren. »Unzuverlässige Volksgenossen« seien das, berichtete der Bürgermeister nach Leonberg.

Bei der auch in anderen Gemeinden losgetretenen Auseinandersetzung um die Trägerschaft und die pädagogische Betreuung der Kleinkinderschule musste der Bürgermeister allerdings eine peinliche Niederlage hinnehmen. Der Pfarrer und der Kirchengemeinderat, dem auch NS-Gemeinderäte angehörten, gründeten einen Trägerverein und ließen die Einwohnerschaft per Unterschrift über den Erhalt der kirchlichen Kinderschule abstimmen. Weil auch besagte NS-Gemeinderäte unterschrieben, kam es zu einem öffentlichen Eklat im Gemeinderat, an dessen Ende der Bürgermeister auf Befehl »von Oben« klein beigeben musste. Die evangelische Kinderschwester blieb.

Dass man sich der Gesinnung der Schöckinger nicht sicher war, zeigt folgende Episode, überliefert in einem Brief, den Bürgermeister Koch am 21. März 1936 an die Kreisleitung der NSDAP schickte: »Das Art. Reg. 25 Ludwigsburg« hielt hier ein Scharfschießen ab. »Als Anerkennung für die gute Aufnahme der Soldaten in Schöckingen« wurde ein Platzkonzert der Regiments-Musik angeboten. Man rechnete mit einem lebhaften Besuch der Bevölkerung, die noch nie ein solch großes Konzert erlebt hatte. Diesen Umstand wollte der Bürgermeister nützen, um im Anschluss an das Konzert »eine kleine Wahlpropaganda« für die anstehenden Reichstagswahlen durchzuführen. »Es wurde bei diesem Gedanken davon ausgegangen, dass hier Volksgenossen davon erfasst werden, die noch nie eine Wahlversammlung besucht haben und dass die Herzen dieser Menschen schon durch das Konzert derart aufgeschlossen wären, dass hier eine Wahlrede großen Erfolg haben würde.« Tatsächlich war das Konzert auf dem Platz vor dem Schloss sehr gut besucht. Als der Redner, ein bekannter Parteigenosse, »etwa 8 Minuten gesprochen hatte«, gab der Kommandeur der Einheit den Befehl zum Abrücken. »Sofort kam Unruhe in die Versammlung hinein, sodass der Redner mit seinem Vortrag innehalten musste. Beim Abrücken der Einheit lief dann beinahe die ganze Versammlung weg, sodass der Redner seinen Vortrag nicht mehr zu Ende führen konnte.« Durch das Verhalten des Kommandeurs »waren viele Schöckinger in hohem Maße aufgebracht, andere wieder, insbesondere die Nörgler und Miesmacher freuten sich darüber, dass der Partei durch die Wehrmacht »eins ausgewischt« wurde«.

Der Vorfall zeigt, dass die anfängliche Begeisterung für das Nazi-Regime seit 1936 in einem Teil der Bevölkerung in Skepsis umgeschlagen war. Die hatte Ursachen. Die Volkswirtschaft hatte zwar wieder Tritt gefasst. Angetrieben von der massiven Ausrüstung und der zunehmenden Motorisierung, waren bei Bosch in Feuerbach und anderen Zulieferern die Bänder wieder ausgelastet und die arbeitslosen jungen Leute fanden wieder eine Beschäftigung. Für die Bauern hatte sich dagegen wenig geändert. Die Kreisleitung der NSDAP und der Bürgermeister drängten, angesichts der Forderungen aus dem »Reichserbhofgesetzes« endlich die Feldbereinigung in Angriff zu nehmen. Ganze fünf Höfe erfüllten am Ende die Voraussetzungen, als »Erbhofbauern« anerkannt und gefördert zu werden. Die Feldbereinigung wurde wieder einmal durch hinhaltenden Widerstand verschoben. Nicht wehren konnte man sich gegen die Einführung des 8. Schuljahres. Sie wurde von der Schulverwaltung angeordnet.

Wie tief der Geist der NS-Ideologie, auch der Rassenwahn, in die Geschicke der Menschen in diesem kleinen, frommen Bauerndorf eingegriffen hat, zeigt der Umgang mit Menschen mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung, die es auch

in Schöckingen gab. Aktenmäßig belegt sind mehrere Fälle, bei denen sich das Bürgermeisteramt als williger Helfer der »Sonderbehandlung« von »Erbkranken« gezeigt hatte. Am 8. Januar 1934 forderte das Landratsamt Leonberg die Bürgermeister auf, »eine Liste der in der Gemeinde beheimateten bzw. sich aufhaltenden Schwachsinnigen und Geisteskranken anzufertigen«. Der Schöckinger Bürgermeister schickte umgehend eine Liste mit zwei Namen. »Die beiden leiden an Schizophrenie«, lautete die Meldung. Eine der beiden Personen wurde vom Oberamtsarzt am 11. Januar 1935 in einer »Erbgesundheitsache« ins Kreiskrankenhaus nach Leonberg einbestellt. Das Schöckinger Bürgermeisteramt hatte dafür zu sorgen, dass diese »Vorführung« auch zustande kam. »Ich bitte um diskretes Vorgehen«, hatte der Oberamtsarzt angeraten.

Weitere »Vorführungen«, auch von sonst unauffälligen Menschen, folgten. Im Oktober 1941 wurde auf Anweisung des zuständigen Erbgesundheitsgerichts eine weitere Person in die Landeshebbammenschule in Stuttgart-Berg zur »Unfruchtbarmachung« eingewiesen. Die Vorgänge um die »Unfruchtbarmachung« blieben in der Gemeinde nicht unkommentiert. Pfarrer Irion hat bei einer Vernehmung zu seiner Parteizugehörigkeit im Juli 1946 zu Protokoll gegeben, dass er »mit dem damaligen hiesigen Arzt, der starr den Rassedanken vertrat, heftige Auseinandersetzungen geführt hat«, die schließlich zum Bruch zwischen beiden führten. Der Hausarzt hatte offenbar die Einweisungen in die Krankenhäuser betrieben. Die Bürgermeister hatten ohne jede Regung die Verfahren abgewickelt.

Am 16. März 1935 wurde mit dem »Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht« die Wehrpflicht wieder eingeführt. Mit gleichem Gesetz wurde die »Reichswehr« in »Wehrmacht« umbenannt. Ab Juni 1935 musste jeder junge Mann eine sechsmonatige, dem Wehrdienst vorgelagerte Arbeitspflicht im Rahmen eines Arbeitsdienstes ableisten. Vom Beginn des Zweiten Weltkrieges an wurde der Reichsarbeitsdienst auf die weibliche Jugend ausgedehnt.

Mit dem Kriegsbeginn im September 1939 und den Einberufungen fehlten wieder die belastbaren Arbeitskräfte auf den Höfen. Im Dezember 1939 wurden die ersten polnischen Kriegsgefangenen vom Ortsbauernführer in Schöckinger Betriebe verteilt. Ein Jahr später folgten Landarbeiter und Frauen aus den besetzten Gebieten in Ost- und Westeuropa, die man mit Gewalt zur Arbeit nach Schöckingen geschickt hatte. Zusammen mit den Kriegsgefangenen sorgten sie dafür, dass die landwirtschaftliche Produktion und auch die Waldarbeit weitergeführt werden konnten.

82 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, davon 49 aus Polen und 14 aus der Ukraine, darunter viele junge Frauen, lebten bei Schöckinger Familien und gehörten von 1939 bis 1945 zum Schöckinger Ortsbild. Über ihr Schicksal haben einige von ihnen fast 60 Jahre später auf Einladung der Stadt Ditzingen berichtet. Die meisten wurden im Rahmen der Möglichkeiten anständig behandelt, andere berichteten von schlimmen Verhältnissen. Sie waren ihrer Freiheit beraubt, durften nicht am Gemeinschaftsleben teilhaben und es war ihnen verwehrt, den Gottesdienst zu besuchen.

Am 25. Mai 1943 wurde auch Bürgermeister Emil Koch zur Wehrmacht eingezogen. An seiner Stelle übernahm sein Stellvertreter das Amt. Er hatte keine Gemeinderatsitzung mehr zu leiten und auch keine Beschlüsse mehr zu verkünden.

Die grausame Logik des Krieges verschonte kaum eine Schöckinger Familie. Vom August 1941 bis zum Februar 1945 starben 36 Männer aus Schöckingen an den Fronten des Krieges oder wurden als »vermisst« gemeldet. Der Ort selbst blieb von

Kriegshandlungen weitgehend verschont. Deshalb kamen seit 1943 immer mehr Menschen ins Dorf, die im nahen Stuttgart im Bombenkrieg ihr Haus oder ihre Wohnung verloren hatten. Ganze Familien mussten untergebracht und ernährt werden. In den letzten Kriegstagen waren auch durchmarschierende Soldaten, Angehörige des »Volkssturms« und Offiziere unterzubringen und zu verpflegen.

Als am Abend des 20. April 1945 die ersten französischen Soldaten an den vorbereiteten Panzersperren vorbei in Schöckingen einzogen, lebten hier fast 100 ortsfremde Personen, die meisten aus Stuttgart.

Nach dem Kriegsende erlebte der Ort die Ankunft der aus ihrer Heimat in Osteuropa vertriebenen Menschen. Am 5. Juli 1946 lebten in Schöckingen 143 Vertriebene und 78 Evakuierte. Sie hatten keine Wohnung, keine Arbeit und nichts zu essen, und sie waren in ihrer großen Mehrheit katholisch.

Das Dorf übte mehr oder weniger freiwillig Solidarität mit den Ankömmlingen. Jede verfügbare Kammer wurde nun genutzt. Die Gemeinde besorgte Kartoffeln und stellte Brennholz aus dem Wald.

Vor allem die Kinder der Vertriebenen und der oft kinderreichen Arbeiterfamilien, deren Betriebe in Stuttgart zerstört waren, litten unter der Versorgungsnot. Deshalb wurden ab dem Frühjahr 1947 auch an der Schöckinger Schule regelmäßig Mahlzeiten aus der »Hoover-Speisung« abgegeben. Mehr als die Hälfte der Kinder wurde regelmäßig verpflegt. Im Monat wurden 400 bis 500 Mahlzeiten ausgegeben.

Dass die Integration der meisten Vertriebenen relativ schnell von statten ging, war dem Umstand zu verdanken, dass die große Mehrzahl aus bäuerlich geprägten Dörfern in Südmähren kam. Für sie war die Arbeit in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft selbstverständlich. Selbstverständlich war offenbar auch, dass die evangelische Kirchengemeinde ihr Gotteshaus für die seelsorgliche Betreuung der katholischen Neubürger zur Verfügung stellte.

Bis 1950 erhöhte sich die Zahl der Einwohner Schöckingens von 500 auf 700 Personen. Für die Neubürger mussten nun auch ansprechende Wohnungen gebaut werden. Bis zur Mitte der 50er Jahre wurde erstmals ein neues Baugebiet ausgewiesen. Auch die Infrastruktur musste wachsen. Die einklassige Volksschule musste ausgebaut und die Anbindung an die Verkehrsströme verbessert werden.

»Die Schöckinger Landwirte, die noch mit Leib und Seele an ihrem Bauernberuf hängen, geben freiwillig kein weiteres Land mehr für Bauplätze her.« Dieser Satz aus einem Gemeinderatsprotokoll vom Oktober 1955 sollte nicht lange Bestand haben. Weitere Baugebiete und zuletzt auch Bauplätze für Gewerbegebiete mussten für die zugezogenen Neubürger erschlossen werden. In den 60er Jahren verdoppelte sich die Zahl der Einwohner und der Wohnungen.

Für mehr als 1200 Menschen war aber die vorhandene Infrastruktur nicht ausgelegt. Also wurden die Ortskanalisation und die Straßen ausgebaut und der Kindergarten neu gebaut. Das Schulproblem löste man 1966 durch einen gemeinschaftlichen Schulhausneubau zwischen den Orten Hirschlanden und Schöckingen. Hier wurde schließlich auch eine gemeinschaftliche neue katholische Kirche gebaut.

Zur modernen Infrastruktur gehörte auch eine für die Zwecke einer modernen Landwirtschaft geordnete und ausgebaute Feldflur. Dieser Erkenntnis konnten sich die übriggebliebenen Landwirte nicht länger verschließen. Ein umfassendes Flurbereinigungsverfahren konnte endlich in Angriff genommen werden. Mit der »Aufklärungsversammlung« startete das Vorhaben am 26. März 1965. Zehn Jahre später, am 14. März 1975, feierten die Beteiligten den erfolgreichen Abschluss.



Blick auf das Fachwerkensemble in der Schloßstraße.

Ende der 60er Jahre hatte die Gemeinde Schöckingen für ihre Bürger die notwendigen Investitionen geleistet, war aber hoch verschuldet. Die Einkünfte aus dem Wald, die über Jahrhunderte den relativen Reichtum der Gemeinde begründeten, spielten kaum noch eine Rolle. Die Gewerbesteuern flossen in überschaubarem Umfang. 1970 hatten die Schulden die ordentlichen Einnahmen der Gemeinde für das laufende Jahr überstiegen. Was sollte man tun? Wie in den Nachbargemeinden gab es auch in Schöckingen Überlegungen für einen weiteren Ausbau des Dorfes, um über mehr Einwohner auch größere Einnahmen generieren zu können. In Hirsch-

landen und Hemmingen wurde kräftig ausgebaut. In Schöckingen fand sich dagegen keine Mehrheit für den Vorschlag, die Fläche vom Ortsrand bis zum Eulenberg zu überbauen. Hilfe musste also von außen kommen.

Schöckingen war beileibe nicht die einzige Gemeinde, die sich an ihrem Wachstum und den gestiegenen Ansprüchen ihrer Bürger beinahe verschluckt hätte. Die meisten Neubürger waren aus der Stadt aufs Land gezogen. Hier gab es noch bezahlbare Grundstücke und einen Parkplatz für das eigene Auto, mit dem man noch bequem zur Arbeit fahren konnte. Im Gepäck hatte man Ansprüche an die Infrastruktur und vor allem an Kultur und Bildung. Den daraus resultierenden Konflikt zwischen den Ansprüchen und dem Machbaren wollte die Landesregierung durch neue Strukturen beheben. Gemeindereform und Kreisreform lauten hier die Stichworte.

Die Braut war arm und hübsch und in hohem Maße anlehnungsbedürftig. Deshalb buhlten gleich zwei um ihre Gunst. Wenn am Ende Ditzingen als Bräutigam die Gemeinde Schöckingen zum Traualtar führte und unter ihre Fittiche nahm, dann waren hier neben persönlichen Befindlichkeiten und dem Willen der Landesregierung in erster Linie wohlabgewogene Argumente ausschlaggebend, die für eine leistungsfähige Stadt sprachen, die sich anschickte, mit einem neuen Bildungszentrum die ganze Palette der Bildungseinrichtungen vorzuhalten. Der Nachbarort Hirschlanden hatte nach einer Befragung der Schöckinger Bürger das Nachsehen. Vier Jahre nach dem Zusammenschluss Ditzingens und Schöckingens, dem sich auch Heimerdingen anschloss, kam dann auch Hirschlanden mit ins Ditzinger Boot.

Schöckingen hat sich als Stadtteil der Großen Kreisstadt prächtig entwickelt. Der Ortskern ist vorbildhaft saniert. Der Verkehr ist weitgehend aus dem Dorfkern verbannt. Aus den kleinen Gewerbegebieten werden nach und nach Wohnplätze. 1996 wurde man zum schönsten Dorf des Landes erkoren. Klein, fein und als überschaubare Gemeinschaft ist Schöckingen heute ein bevorzugter Wohnplatz zwischen Stadt und Wald.